



Endgültiges Aus steht bevor: VPI fassungslos über folgenschwere Entscheidung von Bund und Ländern gegen Feuerwerk

- *Mit 2-jährigem Verbot von Feuerwerk stehen 3.000 Beschäftigte nun endgültig vor dem Aus*
- *Grundlagen für Beschluss von politischen Entscheider*innen sind aus Sicht des VPI nicht haltbar: nur 5 % aller Krankenhausbesuche zum Jahreswechsel durch Feuerwerk*
- *Illegale Pyrotechnik ist mit dem Verbot umso mehr eine gravierende Gefahr*

Ratingen | 02. Dezember 2021. Das von Bund und Ländern jetzt beschlossene Feuerwerksverbot bedeutet mit aller Wahrscheinlichkeit den Todesstoß für die gesamte Feuerwerksbranche in Deutschland und damit auch die Arbeitslosigkeit von 3.000 Beschäftigten. Der Verband der pyrotechnischen Industrie (VPI) ist erschüttert über die Entscheidung, denn die Mitglieder hatten sich zuvor mit stichhaltigen Argumenten an die Ministerpräsidenten der Länder gewandt, um mit sachlicher Grundlage diese Katastrophe zu verhindern. „Es steht auch für uns außer Frage, dass das Corona-Geschehen uns immer wieder vor neue Herausforderungen stellt“, sagt VPI-Vorsitzender Thomas Schreiber. Doch mit den steigenden Infektionszahlen dürfe die Bereitschaft nicht sinken, sich an Fakten zu halten. „Mit der Entscheidung gegen Feuerwerk haben Bund und Länder auf Basis von falsch gesetzter Panik riskiert, dass es jetzt endgültig aus sein könnte für unsere Branche.“

Bis zuletzt hatte der VPI in zahlreichen Meldungen und Anschreiben an politische Entscheider*innen deutlich gemacht, dass legales Silvesterfeuerwerk weder dafür Sorge, dass die Notaufnahmen ein Problem haben, noch dafür, dass sich die Situation auf den Intensivstationen verschärfe. „Die Probleme sind übermäßiger Alkoholenuss und illegale Feuerwerksprodukte. Und das sind nur zwei Aspekte, die gegen die von den CDU-geführten Ländern in letzter Minute kommende Forderung spricht. Wir fragen uns, ob die Politik überhaupt noch weiß, was sie da tut“, betont Schreiber. „Das nun tatsächlich beschlossene Verbot verantwortet das finanzielle Aus zahlreicher Menschen – ohne auch nur im Geringsten zugelassen zu haben, sich auf Basis fundierter Fakten zu orientieren.“

Die politischen Entscheider*innen haben es sich – so der Vorstandsvorsitzende – auf dem Rücken der gesamten heimischen Branche leicht gemacht, indem sie unbelegte Behauptungen gefolgt sind. Darunter: Feuerwerk sei die Hauptursache für volle Notaufnahmen zum Jahreswechsel. „Das ist schlicht unzutreffend.“ Nach Angaben des kommunalen Krankenhausbetreibers „Vivantes“ sind nur 5% aller Krankenhausbesuche in der Silvesternacht auf Feuerwerk zurückzuführen. Der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Dr. Gerald Gaß, hat zudem bestätigt, dass durch Silvesterfeuerwerk Verletzte in der Regel nicht die hohen Zahlen an Notfalleinweisungen ausmachen, sondern eher diejenigen, die zu viel Alkohol trinken und dann in Streit geraten oder sich anderweitig verletzen. Der VPI betont, bis heute gäbe es keine bundesweit verlässlichen Statistiken zu diesem Thema, maximal punktuelle Wahrnehmungen, die sich aber nicht verallgemeinern lassen.

Der Bayerische Landtag habe beispielsweise in einer schriftlichen Anfrage (Drucksache 18/6877) mitgeteilt, dass zum Jahreswechsel 2019/2020 nur 25 Personen durch Feuerwerk in ganz Bayern verletzt wurden. In der Landeshauptstadt München war es sogar nur eine Person. Klaus Gotzen, Geschäftsführer des VPI bringt es für den Verband auf den Punkt: Das ist ein symbolisches Verbot auf unserem Rücken und ohne Wirkung.“

Hinzu kommt: Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (Sachsen) hatte sich bewusst gegen ein generelles Verkaufsverbot für Silvesterfeuerwerk ausgesprochen, da man 2020 mit Sorge die Einfuhr von illegalem Feuerwerk aus anderen europäischen Ländern feststellen musste. In einigen Nachbarländern sind pyrotechnische Gegenstände der Kategorie F3 frei verkäuflich. Diese Art von Feuerwerk erfordert in Deutschland eine spezielle Erlaubnis und nachweisbare Befähigung. Bei unsachgemäßem Umgang bestehe laut Kriminalbeamten eine ernsthafte Verletzungsgefahr. Thomas Schreiber: „Man muss nicht lange überlegen, um darauf zu kommen, dass gerade diese sich dann doch erheblich auf die Krankenhäuser auswirken könnte.“

Es stelle sich jetzt auch die drängende Frage, wer die horrenden Folgekosten tragen soll. „Da hängt ein Rattenschwanz an dieser Blitzentscheidung, den sich die Verursacher*innen in unseren Augen überhaupt nicht vor Augen geführt haben“, so Klaus Gotzen. „Aktuell befinden sich rund 200.000 Paletten Feuerwerk in den Lägern, bundesweit bedeutete das Vernichtungskosten von ca. 100.000.000 Euro und darin sind Logistikkosten noch nicht eingeschlossen.“ Nicht nur die Feuerwerksfirmen, sondern auch Händler*innen und Logistiker*innen sind in Ihrer Lebensgrundlage unmittelbar von dieser Entscheidung betroffen. „Wir sprechen hier von aktuellen Bankverbindlichkeiten der Branche, die nach zwei Jahren ohne Umsätze 200.000.000 Euro bedeuten“, verdeutlicht Klaus Gotzen.

Und dennoch der Entscheid gegen Feuerwerk. Die Traditionsbranche, so viel steht laut VPI nach dem Bund-Länder-Beschluss fest, wird – nachdem die vielfach versprochenen Überbrückungshilfen aus dem letzten Jahr immer noch nicht bei allen Firmen angekommen sein – endgültig verschwinden. Und mit ihr auch die Hoffnung zahlreicher Menschen, die sich in Krisenzeiten doch einen kleinen Ausbruch mit fröhlichen Farben und Lichtern gewünscht hätten. Klaus Gotzen: „Millionen Menschen haben Freude an Feuerwerk und wollen ein weiteres schwieriges Jahr 2021 hinter sich lassen – auch das nimmt man ihnen nun weg. Obwohl unter freiem Himmel das Infektionsrisiko laut zahlreicher Experten sehr gering ist. Mit privatem Feuerwerk in kleinem Kreis hätten Familien und Freunde unter Einhaltung der 2G-Regel und sogar zusätzlichen Tests absolut konform der Regelungen zusammenkommen können.“ Stattdessen nehme die Politik mit dem heutigen Tage in Kauf, dass Krankenhäuser mit Verletzungen durch illegales Feuerwerk kämpfen müssen und eine gesamte Industrie sich selbst und der drohenden Insolvenz überlassen wird.

Zum Verband

Der Verband der pyrotechnischen Industrie (VPI) ist das Sprachorgan für 21 Mitgliedsunternehmen aus Deutschland. Der VPI betreut Hersteller von Silvester-, Groß- und Bühnenfeuerwerken sowie Hersteller von pyrotechnischer Munition. Diese sind im gesamten Bundesgebiet ansässig. Der Verband vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Pressekontakt

RA Klaus Gotzen
Verband der pyrotechnischen Industrie
An der Pönt 48
40885 Ratingen
Telefon: 02102 / 186 200
E-Mail: info@feuerwerk-vpi.de